

Anfragen zum Plenum in der 6. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Nachdem in unseren bayerischen Betrieben beim Gebrauch von FFP2-Masken strenge Anforderungen eingehalten werden müssen und FFP2-Masken u. a. nur für ein gewisses Zeitkontingent im Einsatz sein dürfen, der eine Erholungszeit von mind. 30 Min. folgen muss und des Weiteren Lungenfunktionstests erforderlich sind, da diese Masken sehr dicht sind, frage ich die Staatsregierung, warum – entgegen dieser Vorschriften – die Einführung der FFP2-Masken für alle Bürgerinnen und Bürger vorgeschrieben wurde, sind inzwischen die Vorschriften für den Gebrauch der FFP2-Masken bei den Betrieben aufgehoben worden und warum gibt es hier keine einheitlichen Vorschriften?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sieht sie das Impfzentrum in der Messe München im östlichen Stadtteil Riem als ausreichende Impfmöglichkeit für alle Münchnerinnen und Münchner an, wie stuft sie die Erreichbarkeit des Impfzentrums für mobilitätseingeschränkte Menschen (insbesondere aus entfernteren Stadtbezirken) ein und wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass allen Menschen, die nicht oder nur schwer zur Messe München anreisen können, trotzdem ein wahrnehmbares Impfangebot eröffnet wird?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen die sog. 15-Kilometer-Regelung wurden nach § 28 Nr. 22 i. V. m. § 25 Abs. 1 Satz 1 i. d. F. der Verordnung zur Änderung der Elften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 8. Januar 2021 während der Geltungsdauer der Regelung eingeleitet und wie viele Bußgeldbescheide wurden erlassen (bitte jeweils aufgliedert nach Landkreis bzw. kreisfreie Stadt)?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem die Berufsgruppe der Bestatterinnen und Bestatter zu den systemrelevanten Berufen zählt, frage ich die Staatsregierung, warum diese nicht vorrangig geimpft werden und ab wann es geplant ist, Bestatterinnen und Bestatter zu impfen?

Markus Bayerbach
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass dem Fragesteller Informationen zugetragen wurden, dass Schüler durch Schuldirektoren zum Pausieren oder sogar zum Aufgeben ihrer Schullaufbahn „überredet“ wurden, weil sie eine andere Meinung zu den Maßnahmen der Staatsregierung zur angeblichen Zurückdrängung von COVID-19 vertraten als der Schuldirektor, frage ich die Staatsregierung, wie viele Schüler haben seit dem 01.01.2020 in Bayern ihre Schule vor dem regulären Ende des Schuljahres verlassen (bitte in Wochenscheiben chronologisch für jede der Schularten Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Berufsschule, Sonderschule, Mittelschule ausdifferenzieren), wie verteilen sich die abgefragten Zahlen des gesamten Jahres auf jeden der Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns, an welche Rechtsvorschriften zum Schutz des Schülers und seiner Ausbildung, insbesondere hinsichtlich der Achtung des Rechts des Schülers auf eine freie Willensbildung, auf eine freie Meinungsbildung, auf eine freie Willensäußerung/Meinungsäußerung und hinsichtlich des Rechts des Schülers weiter beschult zu werden, ist ein Schulleiter gebunden, insbesondere im Fall, dass er einen Schüler auf der Schule hat, der sich mit oder ohne ärztlichem Attest weigert, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen (bitte die hierfür einschlägigen Rechtsvorschriften voll umfänglich angeben und in allen diesen Fällen die rechtskonformen Mittel und deren Eingriffsschwellen angeben, die einem Schulleiter nach bayerischem Recht zur Verfügung stehen, um die Rechte des Schülers zu überwinden und hierbei bitte auch den Umfang des aktuell gültigen Rechts des Schuldirektors voll umfassend ausführen, ein ärztliches Attest zur Maskenbefreiung eines Schülers anzuerkennen oder nicht)?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Initiativen hat sie bislang unternommen, um einen Corona-Bonus für Erzieherinnen und Erzieher in Bayern zu ermöglichen, wie Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder ihn in seiner Regierungserklärung vom 27.11.2020 angesprochen hat, in welcher Form kann die Staatsregierung den bayerischen Kommunen eine finanzielle Beteiligung des Freistaates an den entstehenden Kosten zusichern, wie es ebenfalls von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in genannter Regierungserklärung suggeriert wurde und wäre aus Sicht der Staatsregierung eine solche Bonuszahlung neben den Erzieherinnen und Erzieher auch für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger und Kindertagespflegepersonen vorzusehen?

Franz Bergmüller
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass auf Bundesebene seit dem 29.01.2021 die Rohdaten der Sterbefälle in Deutschland für das Jahr 2020 vorliegen und diese Daten auch Bayern umfassen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Personen sind in Bayern in jedem Monat der Jahre 2014 bis inkl. 2020 verstorben, wie viele Personen sind im Bezirk Oberbayern in jedem Monat der Jahre 2014 bis inkl. 2020 verstorben und wie viele Personen sind in jedem der Landkreise Altötting, Berchtesgadener Land, Ebersberg, Erding, München-Land, München, Rosenheim-Land und in der Stadt Rosenheim in jedem Monat der Jahre 2014 bis inkl. 2020 verstorben?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts von Medienberichten über eine Anklageerhebung der Bundesanwaltschaft gegen eine 55-jährige Rechtsextremistin aus dem Raum Nürnberg Land wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat frage ich die Staatsregierung, seit wann die Sonderkommission „Karte“ der bayerischen Polizei Kenntnis von den konkreten Anschlagplanungen der Tatverdächtigen hatte, warum trotz der bereits bei der ersten Durchsuchung bei der Verdächtigen aufgefundenen Materialien zur Herstellung von Brandsätzen und der ebenfalls sichergestellten Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen und Brandbomben, die von der Tatverdächtigen ausgehende Gefährdung als gering eingeschätzt und zunächst auf die Ausstellung eines Haftbefehls verzichtet wurde und warum trotz der engen Verbindungen die Angeklagten zur Neonazipartei „Der Dritte Weg“ und ihrer Rolle als Aktivistin in der fränkischen Neonaziszene davon ausgegangen wird, dass es sich um eine Einzeltäterin handelt?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem führende Bildungsforscherinnen und Bildungsforscher befürchten – und erste Studien das auch schon bestätigen – , dass Kinder und Jugendliche aufgrund des nicht stattfindenden Präsenzzununterrichts und der Probleme beim Homeschooling erhebliche Bildungsnachteile sowie negative soziale und psychische Folgen erfahren, frage ich die Staatsregierung, was sie seit Beginn der Pandemie bis jetzt getan hat, um Kindern und Jugendlichen zu helfen, die von zu Hause nicht ausreichend Unterstützung bezüglich Bildung und Schule bekommen, was sie bisher konkret getan hat, um soziale Folgen und Benachteiligung aufgrund von nicht ausreichendem Einkommen bei betroffenen Familien mit Schülerinnen und Schüler auszugleichen und wie der sozialrechtliche Anspruch auf Übernahme der Kosten bzw. einen Zuschuss für Mittagsverpflegung seit März 2020 in Bayern für berechnigte Kinder umgesetzt wurde?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche kommunalen Zweckverbände, Schulverbände, Bezirke, Landkreise, kreisfreie und kreisangehörige Städte und Gemeinden als Aufgabenträger der Schülerbeförderung nach Art. 1 Schulwegkostenfreiheitsgesetz (SchKfrG), § 1 Schülerbeförderungsverordnung (SchBefV) oder als Aufgabenträger des allgemeinen ÖPNV nach Art. 8 und 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) haben Zuwendungen gemäß der Richtlinie zum Förderprogramm Vorübergehende Erhöhung der Beförderungskapazitäten im Schülerverkehr aufgrund der COVID-19-Pandemie erhalten, welche Mittel haben diese im Einzelnen erhalten und wie viele zusätzliche Schulbusse wurden bezahlt?

Michael Busch
(SPD)

Nachdem immer wieder Fälle bekannt werden, bei denen die Impfreihenfolge der priorisierten Personen nicht eingehalten wurde, so auch am Wochenende in Sachsen-Anhalt, frage ich die Staatsregierung, wie lautet das bayernweit verbindliche Konzept, an das sich die Betreiber der Impfzentren halten müssen, in welcher Priorisierungsstufe befinden sich die einzelnen Gruppen und in welchen Impfzentren ist davon abgewichen worden (bitte mit Auflistung nach Impfzentren, Mengen und Personen)?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem nach Aussage der Staatsregierung Menschen mit Behinderung, die pflegebedürftig sind und in einer stationären Einrichtung für Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 2 Abs. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch leben, mit höchster Priorität Anspruch auf Schutzimpfung haben (vgl. Anfrage zum Plenum am 27. Januar 2021 der Abgeordneten Kerstin Celina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)), frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser Einrichtungen haben bereits ein Erst- und Zweitangebot für eine Impfung erhalten und die Impfung abgeschlossen (bitte in absoluten Zahlen und prozentual im Verhältnis zur Gesamtzahl der Einrichtungen angeben), wie verhält sich die Anzahl der abgeschlossenen Impfungen (Bewohnerinnen und Bewohner sowie Personal) in stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Vergleich zu Alten- und Seniorenheimen (bitte die absolute Zahl und die relative Häufigkeit angeben) und wie plant die Staatsregierung, die aktualisierte COVID-19-Impfempfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) vom 29. Januar 2021, wonach Einzelfallentscheidungen bei der Priorisierung von COVID-19-Impfungen möglich sind, konkret in Bayern umzusetzen? (Bitte Verantwortliche für Einzelfallentscheidungen, Kriterien, konkrete Informationsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in ambulanter Pflege angeben)?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist derzeit die Belegung in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen in Bayern, wird in bayerischen kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen eine sogenannte „Triage“ vorgenommen und kann seit Beginn der Coronakrise ein vermehrtes Beratungsaufkommen in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen in Bayern verzeichnet werden?

Die bayerische Lernplattform mebis hatte in der jüngeren Vergangenheit insbesondere bei der Umstellung von Präsenz- auf Distanz- oder Wechselunterricht mit längeren Ausfällen zu kämpfen. Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo sagte zur Lernplattform z. B. am 08.10.2020 im Plenum: „Ich sage ein Wort zu mebis: 1,3 Millionen melden sich bei mebis an. mebis ist ein Erfolgsprogramm. Darauf sind andere Bundesländer neidisch“ (Quelle: Plenarprotokoll). Am 10.12.2020 äußerte sich Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo wie folgt, ebenso im Plenum: „Ich nenne als Beispiel die verschiedenen Tools für den Wechselunterricht. Selbstverständlich sind wir darauf vorbereitet und bereiten uns vor. Ich könnte Ihnen jetzt - das kann ich gerne auch nachliefern; ich habe es dabei - schildern, was wir alles bei mebis gemacht haben. Selbstverständlich!“ (Quelle Plenarprotokoll)

Ich frage die Staatsregierung:

1.1 An welchen Tagen (unter Angabe der genauen Uhrzeiten) war die Lernplattform mebis im Jahr 2020 nicht erreichbar?

1.2 Was hat die Staatsregierung unternommen, um die Probleme beim Zugriff in den Griff zu bekommen?

1.3 Wann hat sie diese Schritte unternommen?

2.1 Wann wurden Hackerangriffe auf mebis verzeichnet?

2.2 Was waren das für Hackerangriffe?

2.3 Welche langfristigen Folgen verursachten die Hackerangriffe?

3.1 Wann hat die Staatsregierung Lasttests bei mebis durchgeführt?

3.2 Wie genau liefen diese Tests ab?

3.3 Was haben diese Tests ergeben?

4.1 Warum wurden allen bayerischen Schulen im Kultusministeriellen Schreiben (KMS) vom 12.03.2020 explizit der Zugriff auf mebis empfohlen, auch wenn der Staatsregierung zu diesem Zeitpunkt bekannt war, dass mebis nicht auf Distanzunterricht ausgerichtet ist?

4.2 Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung nach den erneuten Problemen am 10.12.2020 und an den darauffolgenden Tagen ergriffen, um die Erreichbarkeit der mebis Lernplattform wieder zu gewährleisten?

5.1 Warum hat die Staatsregierung bayerische Schulen zum digitalen „Startschuss“ aufgefordert, obwohl die Probleme bei mebis bereits bekannt waren?

5.2 Wie viele Personen sind bei mebis registriert (bitte nach Anwenderinnen und Anwender aufschlüsseln)?

6. Wie hoch waren die täglichen Zugriffszahlen

6.1 im Februar 2020

6.2 im März 2020

6.3 im Juli 2020?

7.1 Wie hoch waren die täglichen Zugriffszahlen im Dezember 2020?

7.2 Warum basiert mebis – im Gegensatz zu Lernportalen anderer Bundesländer – auf einer zentralen Serverstruktur?

- 8.1 Wie viele Personen arbeiten im mebis-Team (Köpfe und Vollzeitäquivalente)?
- 8.2 Wurde das mebis-Team im Laufe des Jahres 2020 durch zusätzliches Personal (intern oder extern) unterstützt?
- 8.3 Wenn ja, durch wie viele Personen (bitte jeweiligen Zeitpunkt angeben)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen in Schwaben wurden bislang gegen COVID-19 geimpft (bitte absolut und relativ – gemessen an der Einwohnerzahl), wie viele der Geimpften gehören nicht zur Stufe 1 nach STIKO-Empfehlung (bitte absolut und relativ – gemessen an der Zahl der Geimpften) und wie viele Impfdosen mussten entsorgt werden (bitte absolut und relativ - gemessen an der Zahl vorrätigen Impfdosen, bitte alle Fragen nach Landkreisen und kreisfreien Städten aufgeschlüsselt)?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nach der Entscheidung des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs vom 03.02.2021 frage ich die Staatsregierung, ob sie sich immer noch an die Sammelabschiebungen nach Afghanistan beteiligen wird, obwohl laut dem Gerichtsbeschluss alleinstehende gesunde Männer im arbeitsfähigen Alter ohne soziales oder familiäres Netzwerk und ohne Vorliegen sonstiger begünstigender Umstände nicht abgeschoben werden können, wie viele Geflüchtete sind aktuell in den ANKER-Einrichtungen und Anschlussunterbringungen (bitte getrennt aufführen) an COVID-19 infiziert und wie viele Flüchtlingsunterkünfte in Bayern stehen unter Quarantäne (bitte einzeln und die jeweiligen Dauer der Quarantäne angeben)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die absoluten Anmeldezahlen zum Studium des Lehramts als auch zur Staatsexamensprüfung Lehramtsprüfung (LPO I) (bitte aufgeschlüsselt nach Sommersemester und Wintersemester für alle Schularten und Hochschulstandorte) seit dem Wintersemester 2015 bis zum aktuellen Wintersemester 2021 entwickelt haben, wie hoch die Anzahl der Rücktritte vom Studium bzw. die Anzahl der Rücktritte von der Staatsexamensprüfung (LPO I) (bitte aufgeschlüsselt nach Sommersemester und Wintersemester für alle Schularten und Hochschulstandorte) seit dem Wintersemester 2015 bis zum anstehenden Sommersemester 2021 ausgefallen sind und wie viele Studierende ihr Lehramtsstudium seit dem Wintersemester 2015 bis zum Wintersemester 2021 ab- bzw. unterbrochen haben (bitte aufgeschlüsselt nach Sommersemester und Wintersemester für alle Schularten und Hochschulstandorte)?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Krankenhäuser sind in Bayern zwischen 2018 und 2020 geschlossen worden und um wie viele Betten ist die Versorgungslage der Bevölkerung dadurch vermindert worden?

Martina Fehlner
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung der Mainpost vom 06.02.2021 („Stadt sucht neuen Standort für Teststrecke“), wonach die Finanzierung der Schnelltestzentren durch den Freistaat nicht gesichert sei, frage ich die Staatsregierung, welchen Finanzierungsbeitrag hat der Freistaat Bayern bisher für die Testzentren in Stadt und Landkreis Würzburg geleistet, namentlich zum Testzentrum auf der Würzburger Talavera, zum Testzentrum Uniklinik Würzburg und zu den Teststellen für Antigen-Schnelltests in der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg, der TVO-Halle in Ochsenfurt und der Willy-Sauer-Halle in Ochsenfurt (bitte für jeden Standort ausweisen), aus welchen Gründen wird die Finanzierung durch den Freistaat zumindest der drei letztgenannten Teststellen in Frage gestellt und warum hält es die Staatsregierung für sinnvoll und notwendig, die bewährte Träger- und Arbeitsstruktur an den Teststellen durch den Ausstieg aus der Finanzierung faktisch auszuhebeln?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung unter anderem vor dem Hintergrund der jüngeren Rechtsprechung des EuGH bzw. des Bundesverwaltungsgerichts betreffend der Arbeitszeiterfassung, inwiefern seit der Corona-Pandemie durch die Staatsregierung neue Strukturen für die Lehrerschaft geschaffen worden sind, um die abgeleiteten Überstunden umfassend, transparent, unkompliziert und schulartübergreifend beim Dienstherrn angeben zu können (bitte um Darstellung der Strukturen vor der Rechtsprechung bzw. vor Beginn der ersten pandemiebedingten Distanzarbeit im Vergleich zu aktuellen Strukturen), wie sich die Anzahl der eingereichten Überstundenanträge jeweils in den Jahren von 2018 bis 2021 entwickelt hat (bitte um Darstellung des jeweiligen absoluten Gesamtjahreswerts der Anträge, der beantragten und genehmigten Stunden je Schulart und den Durchschnitt pro Lehrkraft sowie zum Vergleich für das Jahr 2021 jeweils diese Werte für den Monat Januar) und wie die Staatsregierung mit der aktuellen Entwicklung des Unterrichtsausfalls umgeht (bitte um Darstellung der Entwicklung des Unterrichtsausfalls jeweils monatsweise in den vergangenen 24 Monaten sowie insbesondere um Darstellung der Erkenntnisse über die Entwicklung des Krankenstands in diesen Monaten und Erläuterung getroffener Maßnahmen zur weiteren Erfassung und Bekämpfung des Unterrichtsausfalls während der Corona-Pandemie)?

Christian Flisek
(SPD)

Nachdem die Verwaltungsabteilungen der sechs Bayerischen Kunst- und Musikhochschulen dringend ausgebaut und an den aktuellen Bedarf angepasst werden müssen und die Hochschulen seit Jahren an einer Überlastung ihrer Verwaltungen leiden und diese inzwischen einen kritischen Zustand erreicht haben, wie die Hochschulleitungen in einem gemeinsamen Schreiben drastisch dargestellt haben (können „die Funktionsfähigkeit, Aufgabenerfüllung und Rechtskonformität der Hochschulen nicht mehr gewährleisten“, lehnen es ab „die Verantwortung für die Folgen der zunehmenden inneren Destabilisierung der Häuser zu tragen“), aber im aktuellen Haushaltsentwurf für 2021 keine Aufstockungen in diesem Bereich vorgesehen sind, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang und in welchem Zeitplan plant sie, den berechtigten Forderungen der Kanzler und Kanzlerinnen der Kunst- und Musikhochschulen nachzukommen und das Personal im Bereich der Verwaltung an ihren Einrichtungen entsprechend des gewachsenen Bedarfs aufzustocken und wie sollen die personellen Mehrbelastungen an den Kunst- und Musikhochschulen in den kommenden Jahren aufgefangen und die Funktionsfähigkeit der Hochschulen sichergestellt werden?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem verschiedene internationale Studien darauf hinweisen, dass der (in Deutschland als Antiparasitikum zugelassene) Wirkstoff Ivermectin COVID-19-Patienten insbesondere im Frühstadium entscheidend helfen, die Lebensgefahr senken sowie die Zahl der Krankenhauseinweisungen verringern kann, frage ich die Staatsregierung, wie wird sie ihrer Verantwortung hier gerecht, etwa indem sie dringend notwendige klinischen Studien mitfinanziert, und welche Rolle spielt in dem 50-Millionen-Euro-Programm zur Förderung der Therapie- und Medikamentenforschung in Bayern die Erforschung dieses Arzneimittels, von dem unabhängige US-Forscher sagen, dass es wirksam, sicher und kostengünstig herzustellen sei und das daher womöglich das Potenzial hat, den Umgang mit der Pandemie in dramatischer Weise zu verändern und zu erleichtern¹?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann soll der gemäß Art. 19 Abs. 3 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) jährlich vorzulegende Statusbericht zum Biotopverbund erstmals erscheinen, wieviel Prozent hat das Netz räumlich oder funktional verbundener Biotope im Offenland 2020 erreicht (bitte auch aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) und in welchem Regierungsbezirk weist dieser Biotopverbund noch die größten Lücken auf?

¹ Überblick bei: <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2021/01/11/ivermectin-gluehende-verfechter-und-rationale-skeptiker/chapter:all>

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf den Bericht in der Allgäuer Zeitung vom 01.02.2021 über Verstöße gegen die Corona-Hygieneverordnung am Flughafen Memmingen, frage ich die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Regelung zur FFP2-Maskenpflicht in Flugzeugen und an Bayerischen Flughäfen bisher nicht gilt bzw. gegolten hat, welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über die Einhaltung der Abstandsregeln in den Flughafengebäuden vor und welche Notwendigkeit sieht sie, die Vorgaben der Hygieneschutzverordnungen im Flugbetrieb und den Flughafengebäuden stärker zu kontrollieren?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung bis wann – unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu Brand- und Denkmalschutz – mit der Herstellung der Barrierefreiheit beim Gebäude des Oberlandesgerichtes München Zweigstelle Augsburg in der Fuggerstraße 10 zu rechnen ist, mit welchen Kosten derzeit gerechnet wird und ob die Finanzierung gesichert ist?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele mobile Raumlufthereiniger seit Beginn der Corona-Pandemie bis zum heutigen Tag für alle Staatsministerien und nachgeordneten Behörden in Bayern bestellt und aufgebaut worden sind (bitte nach einzelnen Staatsministerien bzw. deren Zuständigkeitsbereichen gliedern und insbesondere Anschaffungen für die Räumlichkeiten am Dienstsitz des jeweiligen Staatsministers darstellen), welche Leitlinien bei der Umsetzung und dem Einsatz von Raumlufthereinigern in den Staatsministerien gelten und welche Lüftkonzepte in den Staatsministerien gelten (bitte ggfs. generelles Konzept ausführlich vor dem Hintergrund der Empfehlungen zu Luftreinigungsgeräten und der stündlichen Lüftungsfrequenz der Kommission Innenraumlufthygiene (IRK) des Umweltbundesamts erläutern, sowie auf eventuelle Abweichungen und die aus Gründen des Arbeitsschutzes mindestens sicherzustellende Raumtemperatur eingehen)?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Vor dem Hintergrund der akuten Stellenstreichungspläne bei bayerischen und außerbayerischen Standorten durch den Schaeffler-Konzern und den aktuellen Verhandlungen zwischen Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite, in denen Schaeffler an der Schließung des Standortes Eltmann festhält, frage ich die Staatsregierung, ob sie gegenüber Schaeffler deutlich für den Erhalt des Standortes Eltmann mit seinen 400 Arbeitsplätzen wegen seiner strukturpolitischen Bedeutung eintritt, mit welchen konkreten Erwartungen bzw. Forderungen die Staatsregierung Verhandlungen und Gespräche mit der Firmenleitung zum Erhalt von Arbeitsplätzen an den bayerischen Standorten führt (bitte für jeden Standort darstellen) und welchen konkreten Beitrag die Staatsregierung leisten wird, damit die von Schaeffler für einzelne Standorte gemachten Zusagen für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Produktionsbereichen eingehalten werden?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe Fördergelder, aufgeteilt nach Bundes- Landes- und kommunalen Mitteln, seit Vergabe der Nordischen Ski-WM 2021 nach Oberstdorf geflossen sind, wie hoch die momentanen Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Nordischen Ski-WM in Oberstdorf sind und von wem diese Kosten jeweils getragen werden?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie, um anzuerkennen und zu registrieren, dass es COVID-19-Spätfolgen (Post-COVID-Syndrom) gibt und einen Überblick darüber zu bekommen, wie viele Menschen nach einer Corona Infektion an einem Post-COVID-Syndrom leiden und welche Unterstützungsprogramme plant die Staatsregierung für Post-COVID-19-Erkrankte, Krankenhäuser und Ärzte?

Uli Henkel
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird ein positiver Coronatestbefund bei ausländischen Berufspendlern oder Touristen an den Grenzen zugeordnet, sprich fließt ein solcher Befund in die Inzidenz des Oberpfälzer Landkreises ein, oder fließt er nicht mit ein (bitte gehen Sie explizit auf die Situation an der bayerisch – tschechischen Grenze ein), wer wird über solch ein positives Testergebnis auf deutscher Seite und auf tschechischer Seite informiert (bitte genau auf die Situation an der bayerisch-tschechischen Grenze eingehen und die Informationen nennen, die auf deutscher und evtl. auch auf tschechischer Seite ausgetauscht werden)?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Anlässlich des Corona-Hilfsprogramms für Laienmusikvereine durch den Freistaat Bayern frage ich die Staatsregierung, welche gesellschaftliche Bedeutung sie anderen Amateurvereinen wie z. B. dem Verband Bayerischer Amateurtheater e. V. oder auch Sportvereinen beimisst, wie ggf. unterschiedliche Gewichtungen bei der Verteilung der Hilfsmaßnahmen für verschiedene Vereinsarten zustande gekommen sind und mit welchen Hilfsmaßnahmen sie auch andere Vereine als die der Laienmusik in der Corona-Pandemie unterstützt?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personen gehören bisher und zukünftig der von Staatsminister Thorsten Glauber ins Leben gerufene Expertenkommission Wasserversorgung an, wie sieht die konkrete bisherige und zukünftige inhaltliche und terminliche Agenda der Expertenkommission Wasserversorgung aus (bitte alle bisherigen Termine mit Ergebnissen sowie geplante Termine mit Agenda aufzählen) und wie werden Landtag und Öffentlichkeit über die Termine, Inhalte und Ergebnisse der Sitzungen der Expertenkommission Wasserversorgung informiert?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Im Hinblick auf die Antwort der Staatsregierung auf eine Frage in einer Schriftlichen Anfrage vom 17.04.2019 (Drs. 18/2134 vom 05.07.2019), dass bei Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels insgesamt 311 Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern nach dem Pakt für den Rechtsstaat zu schaffen sind und zum Zeitpunkt der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage seit dem 01.01.2017 218,75 Stellen geschaffen worden sind, sodass noch 92,25 Stellen zu schaffen wären, frage ich die Staatsregierung, wie viele Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern ab diesem Zeitpunkt neu geschaffen wurden, ob dauerhaft die Finanzierung der aufgrund des Pakts für den Rechtsstaat neu ausgebrachten Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern sichergestellt ist und ob aus der Sicht der Staatsregierung eine Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat sinnvoll wäre?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personen haben im Februar 2019 gegenüber welchen bayerischen Justizbehörden angezeigt, dass die Wirecard AG von einem Reuters-Mitarbeiter zur Geldzahlung aufgefordert worden sei, sonst würde Reuters in die negative Berichterstattung der Financial Times (Alphaville) gegen die Wirecard AG einsteigen (bitte hierbei genaues Datum im Februar 2019 angeben) und in welcher Weise wurden die justiziellen Ermittlungen beendet?

Annette Karl
(SPD)

Da nach dem Bayerischen Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (BayEbFöG) reine digitale Veranstaltungen nicht gefördert werden, frage ich die Staatsregierung, ob man aufgrund der aktuellen pandemischen Situation den Trägern der Erwachsenenbildung im Jahr 2020 und in diesem Jahr 2021 trotzdem Zuschüsse für die gehaltenen Lehrgänge von Seiten der Staatsregierung gewähren kann?

Christian Klingen
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Änderungen nimmt sie auf Basis der von der WHO am 20.01.2021 veröffentlichten Bekanntmachung „Im Fall, dass die Testergebnisse nicht mit dem klinischen Erscheinungsbild übereinstimmen, sollte eine neue Probe entnommen und mit derselben oder einer anderen NAT-Technologie erneut getestet werden.“¹ bei der Zuordnung von COVID-Positiven-PCR-Testergebnissen bei asymptomatischen Probanden als Corona-Neuinfektionen vor (bitte begründen)?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Projekte kommen/kamen im Rahmen des Förderprogramms/Investitionsmaßnahmen für die Errichtung einer Bewässerungsinfrastruktur mit dem Ziel einer wasserwirtschaftlich nachhaltigen und umweltgerechten Nutzung sowie fairen Verteilung der Wasserressourcen für die Bewässerung als Pilotprojekte in die engere Auswahl, wie stellt die Staatsregierung sicher, dass nur herausragend nachhaltige Projekte den Zuschlag bekommen und welcher Zeitraum ist für die Pilotphase geplant?

¹ <https://www.who.int/news/item/20-01-2021-who-information-notice-for-ivd-users-2020-05>

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird die für die Steuererklärung gedachte neue Online-Variante von Mein ELSTER erneut für die Steuererklärung 2020 die Möglichkeit, eine Einzelveranlagung einer Zusammenveranlagung gegenüberzustellen, enthalten, um damit auch die entsprechend vorteilhaftere Variante auszuwählen (dies war im vorhergehenden Programm ELSTER 2019 noch möglich), falls ja, wann ist damit zu rechnen, falls nein, warum soll diese steuerzahlerfreundliche Funktion nicht mehr angeboten werden?

Natascha Kohnen
(SPD)

Auf Grundlage meiner Anfragen zum Plenum in der 39. Kalenderwoche 2020 frage ich die Staatsregierung, wie viele und welche rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2020 in Bayern (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben) polizeilich registriert wurden (bitte jeweils mit Angabe des Ortes und Erläuterung nach neonazistisch, fremdenfeindlich bzw. antisemitisch motiviert, bzw. ob es sich um Propagandadelikte (z. B. Volksverhetzung) oder Sachbeschädigungen etc. handelte)?

Sebastian Körber
(FDP)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg frage ich die Staatsregierung, welche Rolle spielte das Staatsministerium der Finanzen und für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) bzw. eine nachgelagerte Behörde bei der Auswahl eines Standortes bis heute, ab welchem konkreten Datum wusste die Staatsregierung erstmalig von dem möglichen Standort Augustinerhof in Nürnberg im Zuge des Auswahlprozesses und welchen Inhalt hatte das Schreiben des StMFLH von 11.09.2017, Az. 46/12 – VV4013.N43-82/1 (bitte um Übersendung des vorstehend genannten Schreibens in Kopie)?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Aufgaben sind nun, mit der Änderung der Ausführungsverordnung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) zum 01.01.2021, der Vereinigung der Pflegenden übertragen worden, auch hinsichtlich der Anerkennung von Weiterbildungen in der Pflege und der Hebammenkunde und welche Schritte sind jetzt noch notwendig, wenn spätestens zum 01.01.2022 eine öffentlich-rechtliche Fortbildungsprüfung im Sinn des § 54 Berufsbildungsgesetzes und damit eine mit den Aufstiegsfortbildungen für ärztliche und zahnärztliche Fachangestellte vergleichbare Fortbildung vorliegt, dass die Berufsangehörigen der Pflege mit entsprechender Weiterbildung auch in den Genuss des Meisterbonus kommen?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des am 06.02.2021 in den Medien angekündigten Drei-Stufen-Plan der Länder¹ frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie nach einem Ende des Corona-Lockdowns ergreift, um die analog zur Religions-, Presse- und Versammlungsfreiheit grundrechtlich geschützte Kunstfreiheit in Werk und Wirken wiederherzustellen, ob sie den Drei-Stufen-Plan der Länder für den Bereich Kunst, Kultur und kulturelle Bildung auch für Bayern übernehmen wird und ob erneut davon auszugehen ist, dass Kunst, Kultur und Kulturelle Bildung hinter Öffnungsperspektiven für Handel, Tourismus und Gastronomie zurücktreten müssen?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Jugendhilfe aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vor vielfältigen Herausforderungen steht, frage ich die Staatsregierung, wie bewerten Sie die Situation in den Jugendämtern und Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe im Hinblick auf die dortigen Schutzmaßnahmen, verfügen diese über ausreichend Schutzmaterial, wie beispielsweise FFP2-Masken und COVID-19-Schnelltests, sowie welche konkreten Anstrengungen übernimmt die Staatsregierung, um die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie zu unterstützen?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden seit dem 01.04.2020 im Rahmen der EU-Türkei Erklärung, des UNO-Resettlement-Programms oder anderer Umsiedlungsprogramme mit dem Flugzug im Nicht-EU-Ausland abgeholt und anschließend in Bayern angesiedelt, in welchen Zeiträumen wurden Resettlement-Programme wie das HAP GRC, HAP GRC Nest, HAP TUR, UNO-Resettlement-Programm oder Aufnahmeprogramm im Rahmen der EU-Türkei Erklärung seit Beginn der Corona-Situation ausgesetzt und welche Resettlement-Programme, wie das HAP GRC, HAP GRC Nest, HAP TUR, UNO-Resettlement- oder Aufnahmeprogramm im Rahmen der EU-Türkei Erklärung sind zurzeit nicht ausgesetzt?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob nach der Änderung der Strabs (Strabs = Straßenausbaubeiträge) bei einem Ausbau der Ortsdurchfahrt in Aindling-Gaulzhofen bisher ohne Gehweg die Anlieger für die Erstellung des Gehweges Erschließungsbeiträge zahlen müssen oder nicht, oder ist es der Gemeinde freigestellt, ob Sie Erschließungsbeiträge erheben möchte oder muss?

¹ siehe <https://www.tagesschau.de/inland/kultur-lockdown-101.html> bzw. <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeslaender-museen-mit-einzelhandel-oeffnen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210206-99-327062>

Helmut Markwort
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Bekanntmachung des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz vom 27.11.2020 zum Vollzug des Bayerischen Naturschutzgesetzes, Teil 6 „Erholung in der freien Natur“, in dem u. a. die Frage nach der „objektiven Eignung“ eines Weges für die Nutzung von Mountainbikern und Fußgängern erörtert wird, frage ich die Staatsregierung, ob sie weitere Leitfäden bzw. Hilfestellungen für Kommunen plant, damit diese speziell für Mountainbiker ausgewiesene Routen und Trails eröffnen können, wie die am 01.10.2018 in Kraft getretene „Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen (FöRNatKom)“ von den bayerischen Kommunen angenommen wird und wie viele Mittel speziell zur Konzeption und Realisierung von Mountainbike-Trails und Routen seit 2018 verwendet wurden?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Miet- und Studierendenwohnungen sind 2020 im Rahmen der Staatlichen Wohnraumförderung entstanden, wie verteilt sich bei gefördertem Mietwohnraum in Mehrfamilienhäusern im letzten Jahr die Dauer der Belegungsbindung jeweils auf 25 bzw. 40 Jahre und wie viele Wohnungen sind im letzten Jahr insgesamt aus der Bindung gefallen?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Definition von „Fluchtursachenbekämpfung“ bei der Erstellung des Entwicklungspolitischen Berichtes 2019 mit Ausblick 2020 zugrunde gelegt wurde, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergriffen hat, um eine ressortübergreifend einheitliche Klassifizierung von Einzelmaßnahmen als „Projekte zur Fluchtursachenbekämpfung“ gemäß dieser Definition sicherzustellen und inwiefern die Maßnahme „Fortführung der Unterstützung im Bereich der polizeilichen Ausbildung: Zusammenarbeit der VII. Bereitschaftspolizeiabteilung Sulzbach-Rosenberg mit der Polizeischule der Garde Nationale in Bir Bouregba; Modul 'Eigensicherungsmaßnahmen'“ des Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration aus dem Jahr 2019 die Voraussetzungen zur Klassifizierung als „Projekt zur Fluchtursachenbekämpfung“ erfüllt?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unfälle mit Personenschäden in welcher Schadenshöhe wurden bei Waldarbeiten in Bayern in den vergangenen fünf Jahren erfasst und worauf ist der starke Anstieg der Unfälle zurückzuführen (bitte aufgelistet nach Jahren angeben)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche rechtlichen Gründe stehen generell und explizit am Beispiel der Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg einem Ankauf von Gebäuden durch den Freistaat zur Nutzung für Dritte entgegen, unter welchen Voraussetzungen sind PPP-Modelle (Public Private Partnership-Modelle) in solchen Fällen möglich und für welche Kultur- und Museumsbauten sind durch den Freistaat in den letzten 20 Jahren Mietverträge abgeschlossen, Mietkosten übernommen oder Mietübernahmen zugesagt worden (bitte aufschlüsseln nach Projekt, Laufzeit, jährliche Miethöhe)?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bereiche Geldwäscheprävention der Regierung von Niederbayern und der Regierung von Mittelfranken seit dem 16.03.2020 wegen des Ausrufens des Katastrophenfalls in Bayern an anderen Stellen im Freistaat eingesetzt wurden (bitte angeben in Vollzeitäquivalent – VZÄ – unter Angabe der jeweiligen vorgesehenen Stellenanteile in VZÄ), in welchem Zeitraum die Personen jeweils nicht für die Geldwäscheprävention eingesetzt waren (bitte das jeweilige Start- und Enddatum angeben) und in welchen Bereichen die Personen jeweils eingesetzt wurden (bitte unter Angabe des jeweiligen Start- und Enddatums)?

Doris Rauscher
(SPD)

Da aufgrund der pandemiebedingten Schul- und Kitaschließungen laut Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten keine Lieferungen im Rahmen des EU-Schulprogramms gefördert werden, in der Praxis aber aufgrund bestehender Verträge Leistungen erbracht wurden, frage ich die Staatsregierung, weshalb verkündete sie am 22.01.2021 eine Aussetzung des Schulobstprogramms rückwirkend ab Beginn der Schul- und Kitaschließungen im Dezember und ohne Information an die beteiligten Einrichtungen, wie gedenkt die Staatsregierung den Lieferanten, die für vertragsgemäß erbrachte Leistungen keine Förderung erhalten sollen, die offenen Rechnungen zu ersetzen, und wie wird sichergestellt, dass die beteiligten Kindertageseinrichtungen nicht auf den Kosten sitzen bleiben?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich Verkehrsbelastung und Lärmemissionen an der Staatsstraße 2103 im Bereich der Ortsdurchfahrt Aufham im Konkreten seit 2010 entwickelt, wie bewertet die Staatsregierung die unübersichtliche Verkehrssituation ohne entschärfende Geschwindigkeitsbegrenzung vor Ort und welche Möglichkeiten einer weiträumigen Ortsumfahrung oder sonstiger verkehrlicher Verbesserungen sieht die Staatsregierung?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelten sich in den vergangenen fünf Jahren (2020 eingeschlossen) die von bayerischen Behörden geführten Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen den § 278 des Strafgesetzbuches (StGB) (Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse), wie entwickelten sich im gleichen Zeitraum die geführten Ermittlungsverfahren wegen § 279 StGB (Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse) und wie viele Arztpraxen wurde in dem Zeitraum auf Basis des Tatvorwurfs des § 278 StGB Ziel von Durchsuchungsmaßnahmen (bitte für das jeweilige Jahr angeben)?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für welchen Zeitpunkt bzw. zumindest Zeitkorridor sind Fertigstellung und Veröffentlichung der von der Staatsregierung Ende 2019 verkündeten Machbarkeitsstudie zum viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Pasing und Eichenau bzw. Fürstenfeldbruck alternativ zum aktuell vorgesehenen dreigleisigen Ausbau bis Eichenau zu erwarten?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Teilnehmer konnten in den letzten fünf Jahren am Vorkurs Deutsch teilnehmen (bitte Werte für die Monate Januar/Februar und September/Oktober, die Anzahl der Kurse und getrennt für die Vorkursanteile in Kita und Grundschule auflisten) und welche Angebote werden Kindern unterbreitet, die aufgrund der Kita- und Schulschließungen nicht am Vorkurs Deutsch teilnehmen konnten, damit diese dem Erstklass-Unterricht folgen können (bitte unter Angabe vom zeitlichen Umfang der Angebote sowie der Anzahl der Teilnehmer)?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die monatlichen Kosten der Impfzentren in Bayern (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk und nach fixen und variablen Kosten, möglichst mit Kostenarten), wie hoch ist die derzeitige Auslastung der Impfzentren prozentual zur möglichen Kapazität, und wann rechnet die Staatsregierung mit einer vollständigen Auslastung der Impfzentren?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Corona-Tests wurden in Bayern seit 01.01.2021 pro 100 000 Einwohner und pro Woche durchgeführt (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen)?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts des Terrorverdachts gegen eine bekannte 55-jährige Rechtsextremistin aus dem Raum Nürnberg, frage ich die Staatsregierung welche Kenntnisse den bayerischen Sicherheitsbehörden über die Rolle von [REDACTED] als Aktivistin der Neonazi-Partei Dritter Weg vorliegen, welche Erkenntnisse über ihre Aktivitäten im Rahmen der Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) bzw. deren Nachfolgeorganisation Gefangenenhilfe vorliegen und in welcher Verbindung [REDACTED] zu den verurteilten NSU-Unterstützern [REDACTED] und [REDACTED] stand?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zur Presseberichterstattung in der Augsburgener Allgemeinen vom 02.02.2021, dass ein Betrieb auf der Teilbahnstrecke Augsburg – Fischach bereits 2022 möglich wäre, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe gegen eine derartige frühere Inbetriebnahme sprechen, unter welchen Umständen eine schnellere Inbetriebnahme der Bahnstrecke Augsburg – Fischach möglich wäre und welche Auswirkungen die in Zukunft nötigen Baumaßnahmen zur Instandsetzung der Gesamtstrecke der Staudenbahn auf den Teilbetrieb Augsburg – Fischach hätten?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Gesundheitsämter in Bayern für die Kontaktnachverfolgung ausschließlich SORMAS verwenden (bitte die einzelnen Gesundheitsämter auflisten), wie viele Gesundheitsämter SORMAS zwar installiert haben, aber auch eine andere Software benutzen (bitte wieder die einzelnen Gesundheitsämter auflisten) und ob das Ziel und Kommunikation der Staatsregierung in die Gesundheitsämter hinein ist, bayernweit die IfSG-Fachanwendung (IfSG = Infektionsschutzgesetz) abzulösen?

Stefan Schuster
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung in der Main Post vom 02.02.2021 („Anlieger alarmiert wegen Neubau des Staatsarchivs“) frage ich die Staatsregierung, mit welchem Zeitplan rechnet sie aktuell für die Fertigstellung des neuen Gebäudes, für den Auszug des Staatsarchivs in Würzburg und für die Eröffnung in Kitzingen, welche Konsequenzen hätten die möglichen Verzögerungen durch Klagen in Kitzingen für den Zeitplan der Sanierung der Festung Marienberg in Würzburg und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um eine fristgerechte Fertigstellung des neuen Staatsarchivs sowie den zügigen Sanierungsfortschritt auf der Festung Marienberg sicherzustellen?

Josef Seidl
(AfD)

Angesichts der Tatsache, dass die britischen Gesundheitsbehörden in einer Studie 1 769 mit der COVID-19-Variante B.1.1.7. getestete Studienteilnehmer mit 1 769 Getesteten aller anderen Mutationen verglichen und dabei bei einer Gegenüberstellung der Fallverkäufe entdeckten, dass „Fewer variant cases (16 cases (0.9 Prozent)) were admitted to hospital compared to wild-type comparator cases (26 cases (1.5 Prozent))“ – vgl. Blatt 8 von https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/949639/Technical_Briefing_VOC202012-2_Briefing_2_FINAL.pdf, das derselben Studie entnommen werden kann „Two reinfections were detected in the variant case group (1.13/1000 cases) compared to 3 reinfections in the comparator group (1.70/1000 cases, Fisher's exact P=1.00)“ – Quelle wie zuvor, aber Blatt 9 – dass die „secondary attack rate“, aller Nicht-B.1.1.7-Varianten gemäß Briefing Nr. 2 – vgl. Seite 9 – 9,8 betrug und dass die „secondary attack rate“ der B.1.1.7-Mutation alias VOC 202012/01 gemäß „Briefing Nr. 2“ von 15,2 – vgl. Seite 9–, aufgrund aktualisierter Ergebnisse nun auf 12,9 – vgl. Seite 14 – reduziert wurde <https://www.gov.uk/government/publications/investigation-of-novel-sars-cov-2-variant->

[variant-of-concern-20201201](#) frage ich die Staatsregierung, welche Tatsachen sind der Staatsregierung bekannt, die von dem im Vorspruch zitierten wissenschaftlich festgestellten Faktum abweichen, dass sich die COVID-19-Mutation B.1.1.7 alias VOC 202012/01 nicht wie zu Beginn behauptet um 9,8/15,2, also ca. 55 Prozent schneller ausbreitet, sondern „nur“ um 9,8/12,9, also ca. 30 Prozent schneller ausbreitet, als jede der anderen bisher bekannten Mutationen (bitte für entgegenstehende Ausführungen die nachprüfbaren Quellen angeben), welche Tatsachen sind der Staatsregierung bekannt, die von dem im Vorspruch zitierten wissenschaftlich festgestellten Faktum abweichen, dass aus 1 769 B.1.1.7-Positiv-Getesteten „nur“ 16 eine Behandlung im Krankenhaus benötigten, während aus ebenfalls 1 769 Positiv Getesteten aller anderer Mutationen immerhin 26 Personen einen Krankenhausaufenthalt benötigten, was zur Folge hat, dass alle anderen Mutationen das Krankenhaussystem um ca. 60 Prozent stärker belasten, als B.1.1.7 (bitte für entgegenstehende Ausführungen die nachprüfbaren Quellen angeben), welche Tatsachen sind der Staatsregierung bekannt, die von dem im Vorspruch zitierten wissenschaftlich festgestellten Faktum abweichen, dass aus 1 769 B.1.1.7-Positiv-Getesteten „nur“ zwei von einer Re-Infektion betroffen sind, während aus ebenfalls 1 769 Positiv Getesteten aller anderer Mutationen immerhin drei von einer Re-Infektion betroffen sind, was zur Folge hat, dass alle anderen Mutationen das Krankenhaussystem um ca. 50 Prozent stärker mit Re-Infektionen belasten, als B.1.1.7 (bitte für entgegenstehende Ausführungen die nachprüfbaren Quellen angeben)?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele gewerblich privilegierte Tierhaltungsanlagen wurden in den letzten 10 Jahren in den Landkreisen Rosenheim und Traunstein durch die jeweiligen Landratsämter genehmigt, für welche Tierarten waren diese Anlagen geplant, und für wie viele Tiere waren diese Anlagen jeweils ausgelegt (bitte aufgeschlüsselt nach Tierarten)?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf die im Januar 2021 eingeführte Testpflicht (Österreich) bzw. verschärfte Testpflicht (Tschechien) für Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Grenzpendlerinnen und Grenzpendler frage ich die Staatsregierung, wie viele Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Grenzpendlerinnen und Grenzpendler wurden seit Einführung der Testpflicht insgesamt getestet, wie viele dieser Tests waren positiv und in welchem Verhältnis steht die Zahl der positiven Tests von Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Grenzpendlerinnen und Grenzpendler zur Zahl der positiven Tests insgesamt (bitte Aufschlüsselung nach Landkreisen)?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Gewährung von mobilen Raumlufthereinigern für Schulen wurden bisher in Bayern gestellt, wie hoch waren die bisher ausgezahlten Fördersummen hierfür und dürfen Schulen mit mobilen Raumlufthereinigern trotz Schulschließungen Präsenzunterricht abhalten (bitte genau erläutern, wenn nicht)?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann werden die im Bayerischen Aktionsplan Wolf vorgesehenen „nicht schützbareren Weidegebiete“ konkret festgelegt, wo werden diese Gebiete genau liegen und welche Maßnahmen werden in diesen Gebieten konkret erfolgen?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf das Förderprogramm des Freistaates Bayern für Schulen, Kitas usw. (Investitionskosten zur infektionsschutzgerechten Luftreinhaltung), frage ich die Staatsregierung, wie hoch ist die Abrufquote pro Schule/Kita im Durchschnitt, wie hoch ist die Fördersumme insgesamt (aufgeschlüsselt nach Technik CO₂-Sensoren/Lüftungsgeräte) und wie hoch ist die Anzahl der insgesamt mit dieser Förderung angeschafften Geräte (aufgeschlüsselt nach Technik CO₂-Sensoren/Lüftungsgeräte)?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Da immer mehr Städte und Landkreise in Bayern Impfbusse zusätzlich zu Impfzentren einsetzen wollen oder weitere dezentrale Lösungen überlegen, frage ich die Staatsregierung, in welchen Städten und Landkreisen Impfbusse oder andere dezentrale Lösungen ab wann und in welchem Umfang neben den Impfzentren zum Einsatz kommen?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, können Fahrschulen in Bayern den theoretischen Teil der Führerscheinausbildung in Form von digitalem Unterricht anbieten, falls nicht, aus welchen Gründen ist ein digitaler Unterricht für den theoretischen Teil der Führerscheinausbildung im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Bayern nicht möglich?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass in einem Viechtacher Altenheim nach der COVID-19-Impfung mehrere Geimpfte verstorben sind, wie viele Bewohner waren es und was war die jeweilige Todesursache?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet der Prüfauftrag, den die mit der derzeitigen Evaluierung der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) beauftragte Firma erhalten hat und im Wortlaut, wird bei der Evaluierung die Personalsituation der KBLV im Hinblick auf eine ausreichende Zahl an Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker für Aufgaben im Bereich der Kontrolle von Betrieben nichttierischer Lebensmittel und non-food-Produkten (vgl. § 9 Gesundheitlicher Verbraucherschutz-Verordnung und Epl. 12 des Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für KBLV) geprüft und bis wann werden die Evaluierung sowie Offenlegung der Ergebnisse abgeschlossen sein?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler in Bayern haben das Angebot angenommen, auf Probe vorzurücken und wie viele davon sind doch wieder in die nächst niedrigere Klassenstufe zurückgegangen?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Ergebnissen sie im Zuge der 10H-Evaluation gekommen ist, warum diese für den Herbst 2020 versprochenen Ergebnisse noch nicht öffentlich vorgestellt wurden und aus welchen Gründen die bereits fertige Potenzialanalyse zu Windenergiestandorten auf den Flächen der Bayerischen Staatsforsten seit Monaten vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zurückgehalten wird?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie angesichts der mit den für die privaten Haushalte im Zusammenhang mit Homeschooling entstehenden Kosten (Druckkosten, zur Verfügungsstellung von IT- und Kommunikationsinfrastruktur, Weiteres) eine monatliche pauschale Kostenerstattung für jedes Schulkind, das sich im Homeschooling befindet, in Höhe von 100 Euro pro Monat für angemessen, welche Möglichkeiten für eine schnelle und unbürokratische Realisierung der pauschalen Kostenerstattung für Homeschooling sieht die Staatsregierung und stehen, nach Meinung der Staatsregierung, die dafür erforderlichen Mittel (bitte Volumen der erforderlichen Mittel für Bayern nennen) im Entwurf des Staatshaushalts 2021 im Sonderfonds Corona-Pandemie (Kap. 13 19 im Staatshaushalt mit einem geplanten Volumen von nahezu 11 Mrd. Euro) bereits grundsätzlich zur Verfügung?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da der Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo in seiner Rede vor dem Plenum am 04.02.2021 einen Ausgleich für die Streichung der Faschingsferien in Aussicht gestellt hat, frage ich die Staatsregierung, wann wird es diesen Ausgleich für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer geben, in welcher Form ist dieser Ausgleich angedacht und ist erneut ein monetärer Ausgleich für unsere Lehrkräfte vorgesehen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen hat die Stiftung Bayerische Gedenkstätten bisher keinen Beschluss zur Erhaltung des KZ-Friedhofs Leitenberg gefasst und dafür die entsprechende förderrechtliche Genehmigung beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus beantragt, wie beurteilt die Staatsregierung die Gefährdung dieses wichtigen Gedenkortes der Opfer des KZ Dachau und welche zeitliche und finanzielle Perspektive für die Zugänglichmachung und Sicherung des Friedhofs sieht die Staatsregierung?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden die Arbeitsgruppen eingerichtet, die der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber ins Leben rufen will, um den Vergabeprozess der Wasserrechte am Walchensee mitzugestalten, welche Themenkomplexe werden die einzelnen Arbeitsgruppen abarbeiten und wer wird den einzelnen Gruppen angehören?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt die Staatsregierung sicher, dass auch impfwillige Personen, die sich nicht zu einer Corona-Impfung angemeldet haben, entsprechend den Priorisierungsvorgaben zweifach geimpft werden?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien verkauft die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) ihre Denkmal-Liegenschaften (Höchstgebot, Nutzungsart, privater oder gemeinnütziger Käufer, u. Ä.), werden hierbei die Wünsche/Bedürfnisse der betroffenen Kommunen (der Bevölkerung vor Ort) berücksichtigt und falls ja, in welcher Form?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern und in welcher Höhe erstattet die Staatsregierung den Kommunen und Landkreisen die Kosten für Impfzentren und weitere strukturelle und organisatorische Leistungen zur Unterstützung beim Erreichen des Ziels der Herdenimmunität, inwiefern sind davon auch Impfbusse und weitere Konzepte jenseits der Impfzentren betroffen und in welcher Höhe werden jeweils die Kosten zur Durchführung der Impfung an sich (Personalkosten für Ärztinnen und Ärzte, MFAs, strukturelle Kosten wie Liegen, IT und medizinisches Material) erstattet?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Alten- und Pflegeheimen in Bayern wurden bisher Corona-Impfungen durchgeführt (bitte die Einrichtungen auflisten), welche Nebenwirkungen konnten bei den bisher geimpften Menschen in den Alten- und Pflegeheimen festgestellt werden (bitte einzeln auflisten) und in wie vielen Alten- und Pflegeheimen kam es seit dem Impfstart zu Corona-Ausbrüchen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Hektar Fläche wurden durch die Bayerischen Staatsforsten seit dem Jahr 2008 insgesamt verkauft (bitte Flächen nach Regierungsbezirken oder Forstbetrieben auflisten), wie viele dieser Flächen dienten der Entwicklung von Industrie- und Gewerbebetrieben bzw. sollen dieser dienen (bitte Flächen nach Regierungsbezirken oder Forstbetrieben auflisten) und wie viel Hektar Fläche der Bayerischen Staatsforsten stehen derzeit zum Verkauf bzw. befinden sich in der Anbahnung der Verkaufs (Stand 08.02.2021, bitte Flächen nach Regierungsbezirken oder Forstbetrieben auflisten)?